

Regierungsratsbeschluss

vom 27. November 2007

Nr. 2007/2004

**Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen
Volksinitiative
Schreiben an das Bundesamt für Justiz**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 3. September 2007 ersucht die Staatspolitische Kommission des Nationalrates um Stellungnahme zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative. Die Staatskanzlei hat dazu ein Schreiben an das Bundesamt für Justiz vorbereitet.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz

Verteiler

Staatskanzlei (3), Sch, Stu, Cah
Ratsleitung Kantonsrat (7)
Eidg. Parlamentarier (9)